Elf US-Bundesstaaten verklagen die großen Vermögensverwalter Blackrock, Vanguard und State Street, weil sie durch ihren Klimaaktivismus gegen das Kartellrecht verstoßen haben. Sie sollen die Kohleproduktion reduziert und die Energiepreise in die Höhe getrieben haben, berichtet Reuters.

„Wettbewerbsfähige Märkte – und nicht das Diktat von weit entfernten Vermögensverwaltern – sollten den Preis bestimmen, den die Amerikaner für Strom bezahlen“, heißt es in der Klage.

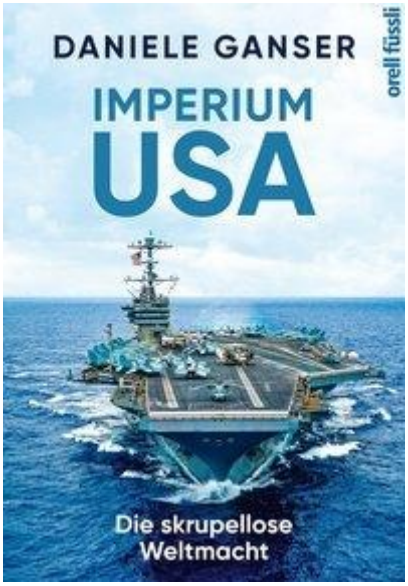
Zu den 11 Staaten gehören außer Texas auch Alabama, Arkansas, Indiana, Iowa, Kansas, Missouri, Montana, Nebraska, West Virginia und Wyoming.

Die Klage zielt laut Reuters darauf ab, die Beklagten daran zu hindern, ihre Investitionen zu nutzen, um über Aktionärsanträge abzustimmen und andere Schritte zu unternehmen, die die Kohleproduktion untergraben und den Wettbewerb auf dem Markt einschränken könnten. Außerdem werden zivilrechtliche Bußgelder für Verstöße gegen das Bundeskartellrecht und das texanische Verbraucherschutzrecht gefordert.

Der Fall lautet Texas et al gegen BlackRock Inc et al, U.S. District Court, Eastern District of Texas, No. 24-00437.

Storchmann Medien

https://www.reuters.com/legal/blackrock-state-street-vanguard-sued-by-republican-s

tates-over-climate-accords-2024-11-27

Werbung